15.11.2018 Reutlinger General-Anzeiger

Mit Annalena, Beate, Thomas und Chris

Parteien – Wie die Grünen versuchen, sich ein modernes und pragmatisches Image zu geben. Veranstaltung in Reutlingen

VON DAVOR CVRLJE



REUTLINGEN. Die Grünen schwimmen auf der Erfolgswelle. Für die ehemalige Ökopartei, die als Ein-Generationen-Projekt verhöhnt wurde und mit Zeigefingerpolitik viele bürgerliche Wähler verschreckte, läuft es momentan super. In Umfragen liegen sie bei 20 Prozent, Tendenz steigend. Dabei haben sie 2017 bei der Bundestagswahl nur 8,9 Prozent erzielt. Der Erfolg hat mehrere Gründe, einer ist sicher auch der geglückte Generationenwechsel an der Parteispitze. Die beiden smarten Parteivorsitzenden Robert Habeck sowie Annalena Baerbock haben einen großen Anteil am Höhenflug. Sie sorgen für einen Imagewechsel hin zu einer modernen, pragmatischen Partei, die die Gegensätze in der Gesellschaft zusammenführen will und mit einem breiten Werte-Fundament auch für SPD- und Unionswähler attraktiv sein soll. So eine Art moderne Volkspartei.

Wie man diesen Spagat zwischen Radikalität und Bausparvertrag hinbekommt, führte die Parteichefin bei einer Veranstaltung in Reutlingen vor. Statt politischem Frontalunterricht mit einem Vortrag der Parteispitze, gibt es eine Art Bürgerversammlung, die die Grünen neudeutsch »Townhall-Format« nennen. Der Redner steht in der Mitte und die Bürger stellen Fragen. Der Raum ist brechend voll: 250 Besucher, mehr als erwartet.

Annalena Baerbock, die die Veranstalter und die Teilnehmer später alle nur Annalena nennen werden, steht locker in der Mitte. Sie hält ein kurzes Impulsreferat, in dem sie die wichtigsten politischen Themen anreißt und die Haltung der Grünen darstellt: Für ein starkes Europa, mehr Umweltschutz, Ausstieg aus der Kohle, Kampf gegen die Populisten beziehungsweise für eine liberale Gesellschaft.

Dann geht es zur Sache. Die Basis hat das Wort. Auch wenn die meisten natürlich den Grünen nahestehen, ist es ein wilder Ritt durch die politische Landschaft mit teilweise auch sehr konkreten Fragestellungen. So beschreibt eine junge Frau ihr moralisches Dilemma beim Einkauf: Eigentlich kaufe sie lieber Bio-Bananen, doch diese seien meist in Plastik eingepackt. Was tun? »Ja, wir sind Verbotspartei«, antwortet Annalena Baerbock offensiv. »Wir Grünen kämpfen für ein Verbot von Plastik bei Lebensmitteln«, die wie Bananen oder Gurken schon eine Art natürliche Verpackung hätten.

Ein Teilnehmer nimmt das Thema auf und kritisiert, dass die Grünen sich doch zu wenig trauen, eine Verbotspartei zu sein. Der viel kritisierte Vorstoß, fünf Mark pro Liter Benzin sei doch richtig gewesen. Mehr Mut zu unpopulären Forderungen wünsche er sich. Die Grünen-Chefin nimmt die Kritik auf, um die veränderte Rolle der Grünen zu beschreiben. Früher habe man sich eher als Oppositionspartei verstanden. Nun sei man in vielen Ländern an der Regierung beteiligt und habe

höhere Zustimmungsraten bei der Bevölkerung. Das bedeute mehr Verantwortung. Dem wolle man sich stellen, sagt sie und fragt: »Was ist mit der Krankenschwester, die im ländlichen Raum lebt, und auf das Auto angewiesen ist. Auch für die wollen wir wählbar sein. Diese Menschen wollen wir nicht der SPD überlassen.«

Das ist eine Kampfansage an die Sozialdemokraten. Die werden sich warm anziehen müssen. Denn was im Vergleich zur SPD auffällt, ist die moderne Kommunikation mit den Wählern. Als etwa die Sprache auf die Situation der Hebammen kommt, ist nicht die Rede von Paragrafen und Stellschrauben im Sozialgesetzbuch. »Ich war mit Hebammen in Brandenburg unterwegs und kenne deren Probleme«, erzählt Baerbock. Dort gebe es Landstriche, in denen 60 Prozent der Frauen keine Wochenbettbetreuung hätten. Das dürfe nicht sein. »Diese Frauen fühlen sich abgehängt.« Deshalb wollen sich die Grünen für einen Rechtsanspruch auf Betreuung durch Hebammen einsetzen. Zweite Botschaft: Sie wollen im Osten und vor allem im ländlichen Raum zulegen, wo die CDU bislang stark war.

Aus der Opposition heraus ist es schwer, die Gesellschaft zu verändern. Deshalb haben sich die Grünen auf ein pragmatisches Verfahren verständigt. Zweckbündnisse im Parlament und gesellschaftliche Bündnisse außerhalb der Politik. Aber nicht im Sinne einer außerparlamentarischen Fundamentalopposition, sondern mit dem Ziel, neue Mehrheiten zu schaffen. Baerbock nennt als Beispiel dafür, dass sie bei den Protesten für den Kohleausstieg im Hambacher Forst mitmarschiert sei. Das ist ein schwieriger Spagat. Denn die Forderung nach einem sofortigen Kohleausstieg will sie sich nicht zu eigen machen. Das brauche Zeit. »Aber wir müssen die Weichen dafür stellen, damit die Menschen sich darauf einstellen können.«

Gesellschaftliche Bündnisse

Was die Grünen unter gesellschaftlichen Bündnissen verstehen, zeigt auch die Form der Veranstaltung in Reutlingen. Hier die Parteibasis als symbolische Gesellschaft, auf der anderen Seite die Parteichefin mit den lokalen Grünen-Abgeordneten Beate Müller-Gemmeke, Chris Kühn und Thomas Poreski. Die Botschaft dahinter: Wir hören zu und kümmern uns. Zu dieser Rolle passt es, wenn man sich mit dem Vornamen anredet. Deshalb Annalena, Beate, Thomas und Chris. (GEA)